



## Medienmitteilung

30. September 2008

### 60 Jahre AHV – welche Zukunft wollen wir?

#### Zentralschweizerische Fachtagung vom 29. September 2008 an der Hochschule Luzern

60 Jahre AHV sind nicht genug - darin waren sich die Referenten an der zentral-schweizerischen Fachtagung zur Zukunft der Altersvorsorge einig. Mit dem Bundespräsidenten, den Präsidenten der Konferenz der Kantonsregierungen und der Städteinitiative Sozialpolitik sowie einer Vertreterin der Denkfabrik Avenir Suisse trafen sich in Luzern hochkarätige Referenten zu einem Gedankenaustausch. Die AHV ist zukunftstauglich, aber es müssen schrittweise Anpassungen an die moderne Arbeits- und Lebenswelt erfolgen. Das Regelrentenalter 65 muss noch weiter flexibilisiert werden. Wie dies aber zu erfolgen hat und wie die Kosten verteilt werden sollen, darin konnte noch kein Konsens erkannt werden.

Bundespräsident Pascal Couchepin, Regierungsrat Lorenz Bösch (Baudirektor Schwyz, Präsident der Konferenz der Kantonsregierungen), Stadtrat Ruedi Meier (Sozialdirektor Luzern, Präsident der Städteinitiative Sozialpolitik) und Dr. Katja Gentinetta (stellvertretende Direktorin Avenir Suisse) haben am vergangenen Montagabend ihre Sicht zur Zukunft der Altersvorsorge dargelegt. Die vier Organisatoren<sup>1</sup> konnten 150 Personen zur Schlussveranstaltung des AHV-Studenttags der Hochschule Luzern begrüßen.

In seiner Grussbotschaft rief der Hausherr der Luzerner Bildung, Regierungsrat Dr. Anton Schwingruber, dazu auf, bei der sozialen Sicherheit die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu respektieren und gleichzeitig zur Solidarität Sorge zu tragen. Der gesellschaftliche Zusammenhalt gehe alle etwas an und lasse sich nicht delegieren.

Bundespräsident Pascal Couchepin, der gleichentags die Informationskampagne zur Abstimmung vom 30. November 2008 über die Initiative „für ein flexibles AHV-Alter“ eröffnet hat, erinnerte in seinem historischen Rückblick an den langen Weg bis zur Einführung der AHV im Jahr 1948. Erst die Solidaritätserfahrungen der beiden Weltkriege hätten damals Mehrheiten geschaffen. Seither sei die AHV periodisch revidiert worden und stehe aktuell insbesondere wegen dem starken Wirtschaftswachstum der letzten Jahre finanziell relativ gut da. Deshalb bestehe die Gefahr, dass die demografische Herausforderung in Vergessenheit gerate.

<sup>1</sup> Zentralschweizer Ausgleichskassen, Hochschule Luzern – Wirtschaft und Soziale Arbeit, Luzerner Forum für Sozialversicherungen und Soziale Sicherheit, Schweizerische Vereinigung für Sozialpolitik SVSP



Der dossierverantwortliche Bundesrat will an den Prinzipien Gleichgewicht zwischen Ausgaben und Einnahmen, vierfache Solidarität<sup>2</sup> und Anpassung des Rentenalters an vielfältige Lebensumstände festhalten. Für die Flexibilisierung des Rentenalters brauche es den Mut, die Besitzstände in Frage zu stellen und die unterschiedlichen finanziellen Bedürfnisse der Rentnergeneration zu würdigen.

Auch Frau Dr. Katja Gentinetta von Avenir Suisse wies darauf hin, dass die Schaffung der AHV kein Spaziergang gewesen sei. Nach 1948 sei sie aber – wie auch das Rentenalter - nicht mehr zur Diskussion gestanden. Nach wie vor sei die Relation zwischen Lebenserwartung und Rentenalter ein Tabu. Bei deren Fortschreibung seit 1948 müsste das Rentenalter eigentlich 73 Jahre betragen. Frau Gentinetta verwies auf ausländische Vorbilder, um auf die demografischen und wirtschaftlichen Herausforderungen zu reagieren. Weil sie keinen politischen Player ortet, der die Besitzstände in Frage stellt, appellierte sie an die 20 – 40jährigen: Es sei Zeit, das Rentenalter 65 in Pension zu schicken.

Für Regierungsrat Lorenz Bösch, den Präsidenten der Konferenz der Kantonsregierungen, ist die AHV Symbol für die solidarische und soziale Schweiz. Er erinnerte an die starke Stellung der Gemeinden und Kantone in der Sozialpolitik. Der subsidiäre Aufbau sei sinnvoll und ermögliche es, Leistungsniveaus den regionalen wirtschaftlichen Verhältnissen angepasst festzulegen. Leider drohe dieses Prinzip in Vergessenheit zu geraten. Lorenz Bösch würdigte die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) als konsequent, schlüssig und wirkungsorientiert. Er habe den Eindruck, dass die Idee NFA im Bereich der sozialen Sicherheit ein lohnendes Projekt für die nächste Dekade sein könnte. Inzwischen hätten die meisten Kantone die Möglichkeit ergriffen, eine einzige fach- und sachkompetente Anlaufstelle im Kanton für eine Vielzahl von komplizierten Sozialversicherungszweigen anzubieten. Dies sei effizienter und bürgerfreundlicher als eine Vielzahl von Anlaufstellen.

Stadtrat Ruedi Meier stellte als Präsident der Städteinitiative Sozialpolitik eingangs fest, dass die Bürgerinnen und Bürger von der Politik Lösungsvorschläge erwarteten, die pragmatisch und sozialverträglich sind. Nur wenn sich die Politik an den Realitäten orientiere, sei Bereitschaft zu Kompromissen vorhanden. Der vorzeitige Altersrücktritt ohne lebenslange Rentenkürzungen sei im Interesse anderer Sicherungssysteme. Es mache keinen Sinn, körperlich angeschlagenen Menschen ohne minimalste Chancen auf dem Arbeitsmarkt den Gang durch die Institutionen bis zur Sozialhilfe aufzubürden. Erst vor diesem Hintergrund hätten Vorschläge zur Erhöhung des Rentenalters eine Chance. Zur koordinierten und pragmatischen Weiterentwicklung gehörten eine markant verbesserte Koordination im Bereich der Arbeitsintegration und sozialer Integration. Auch die Aufgaben und die Finanzierung der Sozialhilfe seien national zu überdenken.

<sup>2</sup> Vierfache Solidarität: Zwischen den Einkommensschichten, zwischen Alleinstehenden und Ehepaaren, innerhalb der Ehepaare und zwischen den Generationen



Eine kostenneutrale Lösung der Weiterentwicklung werde es nicht geben. Dazu seien die sozialen Risiken in unserer globalisierten Gesellschaft zu gross. Ein gewisser Mehraufwand sei für Staaten, welche einen flexiblen Arbeitsmarkt mit sozialer Absicherung verbinden, verkraftbar.

Andreas Dummermuth, Tagungsmoderator und Vertreter der Zentralschweizer Ausgleichskassen, sowie Prof. Dr. Walter Schmid, Podiumsmoderator und Rektor der Hochschule Luzern - Soziale Arbeit verstanden es ausgezeichnet, die zentralen Themen herauszuarbeiten und das Publikum einzubeziehen.

Luzern, 30. September 2008

### Fotos der Veranstaltung

Digitale Bilder können bei den beiden folgenden Auskunftspersonen abgerufen werden:

### Auskunftspersonen

Andreas Dummermuth  
Geschäftsleiter Ausgleichskasse Schwyz  
041 819 04 10  
[andreas.dummermuth@aksz.ch](mailto:andreas.dummermuth@aksz.ch)

Rolf Kurath  
Geschäftsführer Luzerner Forum  
079 401 62 58  
[rolf.kurath@luzerner-forum.ch](mailto:rolf.kurath@luzerner-forum.ch)